



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

17. Sitzung (öffentlich)

20. September 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:40 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsge- setz NRW – StaBefrG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1860

Stellungnahmen 14/517, 14/518 und 14/519

- Diskussion1
- Ergebnis: *Zustimmung*2

Landtag Nordrhein-Westfalen	- II -	APr 14/254
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		20.09.2006
17. Sitzung (öffentlich)		rß

2 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2242

- Diskussion2
- Ergebnis2

3 Überprüfungsverfahren der EU in Sachen Verstoß gegen das europäische Wettbewerbsrecht im Vergabeverfahren zur Errichtung der Nordhallen der Koelnmesse GmbH

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
– Bericht der Landesregierung

- Bericht durch MR Dr. Tobias Traupel (MWME)2
- Diskussion4
- Ergebnis4

4 Das NRW-Ziel-2-Programm 2007 bis 2013: EFRE und ESF-Förderung konsequent und zukunftsichernd ausgestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2108

- Diskussion4
- Ergebnis: *ohne Votum*4

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW – StaBefrG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1860

Stellungnahmen 14/517, 14/518 und 14/519

Vorsitzender Edgar Moron teilt mit, dass die Voten der mitberatenden Ausschüsse inzwischen vorlägen. Der Innenausschuss habe sich mehrheitlich für die Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen, der Haushalts- und Finanzausschuss auf ein Votum verzichtet.

Hans-Willi Körfges (SPD) verweist auf die Plenardebatte, in der seine Fraktion ihre ablehnende Haltung deutlich gemacht habe. Im Prinzip begrüße seine Fraktion die Absicht des Gesetzentwurfs, nicht jedoch, was konkret vorgeschlagen werde. Zum einen hätten vergleichbare Gesetze in anderen Bereichen nicht viel bewirkt, zum anderen sehe seine Fraktion im Gegensatz zur Meinung Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, dass sich durch das andere Verfahren auch eine andere Praxis vor Ort ergeben werde, juristische Bedenken, etwa wenn man sich einfach durch Anzeige von einem Standard verabschieden könne. Insoweit könne man dem Gesetzentwurf nicht folgen.

Bodo Löttgen (CDU) misst für seine Fraktion dem Gesetzentwurf als ein Baustein zum Bürokratieabbau Bedeutung bei. Im Übrigen handele es sich laut Gesetz um einen Versuch, an dessen Beginn selbstverständlich noch nicht alle Einzelheiten bekannt seien. Die kommunalen Spitzenverbände hätten ihre Anregungen einfließen lassen. Einigen Anregungen werde man noch nachgehen, bezüglich einiger kleinerer Punkte befinde man sich noch im Gespräch. Das Gesetz sei das Fassbarste, was es im Bereich Bürokratieabbau in den letzten Jahren gegeben habe. Deshalb bitte seine Fraktion um Zustimmung.

Horst Engel (FDP) hebt das Einverständnis der kommunalen Spitzenverbände hervor. Es handele sich hier um einen neuen Weg, von dem man sich etwas verspreche. Ansonsten seien die Argumente bereits ausgetauscht worden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) meint, Rot-Grün habe mit dem Kommunalisierungsmodellgesetz den „richtigeren“ Weg gewählt. Im Dialog mit den Kommunen seien bestimmte Weiterentwicklungen und Entbürokratisierungstendenzen aufgezeigt und entwickelt worden. Daraus hätten sich zum Teil Neuerungen ergeben, die inzwischen auch in mehreren Kommunen für Nachahmung gesorgt hätten.

Sie habe, da in dem vorliegenden Gesetzentwurf gewisse Grundstandards nicht landeseinheitlich vorgegeben würden, die Sorge, dass die Daseinsvorsorge und die Ausgestaltung von wichtigen Aufgaben in den Bereich Bildung oder Umwelt nicht genügend Beachtung fänden. Daher werde ihre Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Der **Ausschuss nimmt** den Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/1860** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen **an**.

2 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2242

Vorsitzender Edgar Moron leitet ein, der Gesetzentwurf sei am 31. August 2006 vom Plenum federführend an den AKV sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie überwiesen worden. Zunächst sollte das Beratungsverfahren festgelegt werden.

Hans-Willi Körfges (SPD) beantragt für seine Fraktion aufgrund des erheblichen Nachfragebedarfs eine öffentliche Anhörung. – **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** schließt sich dem für ihre Fraktion an.

Der **Ausschuss** kommt sodann überein, die **Anhörung** zu dem Gesetzentwurf am 29. November durchzuführen. Die Obleute werden gebeten, alsbald Fragenkatalog und Sachverständigenkreis dem Vorsitzenden über das Ausschussekretariat mitzuteilen.

3 Überprüfungsverfahren der EU in Sachen Verstoß gegen das europäische Wettbewerbsrecht im Vergabeverfahren zur Errichtung der Nordhallen der Koelnmesse GmbH

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

– Bericht der Landesregierung

MR Dr. Tobias Traupel (MWME) berichtet zu den Verfahrensfragen, die durch einen Bericht des ARD-Magazins Monitor zum Verlauf des Prüfverfahrens der Europäischen Kommission hinsichtlich der vergaberechtlichen Relevanz der Grundstücksgeschäfte bezüglich der Koelnmesse entstanden sind: